

# Tages Anzeiger

Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Montag  
29. Februar 2016

124. Jahrgang Nr. 49  
Fr. 3.80, Ausland: € 3.50 / AZ 8021 Zürich



**Robin Schulz**  
Der deutsche DJ feiert mit banalen Liedchen Erfolge.  
31

**Eishockey-Playoff**  
So rüsten sich die Zürcher Clubs für die Finalrunde.  
30

**Die Lösung**  
ABB-Ingenieure holen Trolleybusse von der Fahrleitung.  
10

**Oscar-Verleihung**  
Wer hat die meisten Preise abgeräumt? Wer ging leer aus?  
tagesanzeiger.ch

**Leitartikel** Das Nein zur Durchsetzungsinitiative ist ein bemerkenswerter Erfolg der Zivilgesellschaft. Dennoch strapazieren solche Abstimmungskämpfe gegen Radikalinitiativen das politische System unnötigerweise. *Von Daniel Foppa*

## An Grenzen gestossen

Und dann war sie plötzlich weg, die fiebrige Anspannung, die das Land in den letzten Wochen erfasst hatte: Nicht weniger als 58,9 Prozent der Stimmenten sagten gestern Nein zur Durchsetzungsinitiative. Und zogen damit einen überraschend klaren Schlussstrich unter einen Abstimmungskampf, den niemanden kaltgelassen hatte. Das Resultat ist eine Schmach für die SVP, die sich in ihrem Kerngebiet Ausländerpolitik geschlagen geben muss.

Das klare Resultat herbeigeführt hat ein Abstimmungskampf, der nicht nach herkömmlichem Muster verlief. Vielmehr prallte eine Protestbewegung in Form der grössten Partei des Landes auf eine andere Bewegung - auf einen heterogenen Mix engagierter Bürger mit erstaunlicher Mobilisierungskraft.

In ihrem Hang zur Überzeichnung und dem Einsatz von Emotionen glichen sich beide Bewegungen. Siegreich blieb schliesslich jene, die bei nüchterner Betrachtung die besseren Argumente auf ihrer Seite hatte. Womit sie bis tief ins bürgerliche Lager hinein punktete. Denn kein vernünftiges Land schreibt sich einen akribischen Delikt-katalog in die Verfassung und degradiert seine Richter zu Vollzugsgehilfen.

### Ein Ruck ging durchs Land

Von der hohen Mobilisierung profitierten für einmal die SVP-Gegner. «Kneifen gilt nicht», lautete ihre Losung, tausendfach verbreitet von Mund zu Mund und über die sozialen Medien. Der Aufruf richtete sich besonders an jene, die bei der Abstimmung über die Zuwanderungsinitiative abseits gestanden waren - und dies im Nachhinein be-reuten. Tatsächlich kann das gestrige Nein nicht losgelöst vom 9. Februar 2014 gesehen werden. Nach dem Ja zur Zuwanderungsinitiative ging ein Ruck durch das Land. Viele Bürger sagten damals aus Unmut über die hohe Zuwanderung Ja - in der Erwartung, dass man sich mit der EU schon irgend-wie einig würde. Zwei Jahre später ist man keinen Meter weiter. Vielmehr prägen Rechtsunsicherheit und dro-hende Konfrontationen das Verhältnis mit unserem grössten Handelspartner.

Die Ernüchterung ob dieser Situation mag viele bewegt haben, diesmal genauer hinzusehen. Sie gaben nicht einfach ihrem Missfallen über krimi-



nelle Ausländer Ausdruck. Sondern prüften die Durchsetzungsinitiative auf ihren Kerngehalt und erkannten deren schädliche Auswirkung auf die Institutionen. Damit siegte gestern Augen-mass über eine Radikallösung.

Die Politisierung neuer Bevölkerungs-kreise und das Bekenntnis zu den Grundprinzipien des Landes sind die positiven Folgen des Abstimmungs-kampfes. Schade nur, dass diese ganze Energie in die Abwehr einer Vorlage gesteckt werden musste, anstatt dass sie in etwas Aufbauendes, Reformfreudiges geflossen wäre. An den Vertretern der Bürgerbewegung ist es nun, zu zeigen, dass ihr Engagement mehr war als ein singulärer Akt. Mit ihrer Art der Kampagnenführung haben sie auf jeden Fall Spuren hinterlassen. Schwieriger wird es sein, den politischen Einfluss hochzuhalten. Denn die beteiligten

Kreise sind heterogen und nur bedingt organisiert.

In dieser Beziehung bleibt die SVP im Vorteil, so sehr ihr gestern die Grenzen ihrer Macht aufgezeigt wurden. Ihre Mobilisierungskraft und ihre Geschlossenheit bleiben ungebrochen. Und es ist kaum zu erwarten, dass sich die Partei mässigt und mehr Verantwortung übernimmt - zweiter Bundesrats-sitz hin oder her. Denn Verantwortung übernehmen hiesse, als grösste Partei des Landes von weiteren Radikalinitiativen abzusehen und im Parlament nicht mit Maximalforderungen Reformen zu hintertreiben.

### Permanente Aufgabe

So faszinierend leidenschaftliche politische Schlagabtausche sind, die das ganze Land erfassen, so sehr strapazieren sie das auf Kompromissbereit-

schaft basierende System der Schweiz. Eine Vorlage wie die Durchsetzungsinitiative, in der sich Gegner und Befür-worter hochschaukeln und Gutbürger auf Wutbürger prallen, vermag Gräben aufzureissen.

Einzelne Szenen des Abstimmungs-kampfs erinnerten denn auch an politische Konfrontationen, wie man sie aus dem Ausland kennt. Und nicht aus einem Land, in dem die Bürger regelmässig an der Urne über Sachvorlagen befinden. Das Initiativrecht hat über Jahrzehnte zur Mässigung des politischen Klimas beigetragen. Sollte es wie im aktuellen Fall vermehrt dazu verwendet werden, rechtsstaatliche Prinzipien infrage zu stellen, wäre dies eine fatale Entwicklung. Ihr entgegenzutreten, bleibt eine permanente Aufgabe. Auch über den gestrigen, bemerkenswerten Abstimmungssonntag hinaus.

## Eidgenössische Abstimmungen Sieger wollen den Schwung nutzen

Nach dem Nein zur Durchsetzungsinitiative buhlen die Parteien um jene Kreise, die sich gegen das SVP-Beghären engagiert haben. So haben die bürgerlichen Parteien, Succèsuisse und die Grünen bereits Onlineplattformen aufgeschaltet, auf denen man sich für ein Engagement gegen die Selbstbestimmungsinitiative der SVP registrieren kann. Auch SP-Ständerat Hans Stöckli will mit seinem Parlamentarierkomitee weitermachen und für die Asylgesetzrevision kämpfen, gegen die die SVP das Referendum ergriffen hat. Weiterfahren wird auch Flavia Kleiner von der Operation Libero, die zu-vor erst gegen die Durchsetzungsinitiative kämpfte. «Dieser wichtige Sieg ist nur ein Etappenziel», sagt sie. Die Komitees, die sich im Abstimmungskampf für ein Nein engagiert haben, treffen sich in den nächsten Tagen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Die SVP erwartet ihrerseits, dass die nun in Kraft tretende Ausschaffungsinitiative wie von den Gegnern angekündigt konsequent umgesetzt werde. Hauchdünn fiel derweil das Nein zur CVP-Initiative für die Abschaffung der Heiratsstrafe aus. Die siegreichen Gegner wollen in der heute beginnenden Session die Öffnung der Ehe für alle in einer aktuellen Debatte thematisieren. Zudem behandelt der Nationalrat eine Motion zur Individualbesteuerung. Die CVP erwartet, dass der Bundesrat die Abschaffung der Heiratsstrafe, wie vom Bundesgericht gefordert, an die Hand nimmt, dabei aber auf die Individualbesteuerung verzichtet. (daf)

*Kommentare und Berichte Seite 2 bis 6*

### Abstimmungsergebnisse

in Prozent	Ja	Nein	
Durchsetzungsinitiative	41,1	58,9	NEIN
Zweite Gotthardröhre	57,0	43,0	JA
Gegen die Heiratsstrafe	49,2	50,8	NEIN
Gegen die Nahrungs-mittelspekulation	40,1	59,9	NEIN

### Service

Leserbriefe	15	Veranstaltungen	38
Todesanzeigen	20	Rätsel	40
Fernsehprogramme	36	Wetter	41

**Abo-Service** 044 404 64 64

[www.tagesanzeiger.ch/abo](http://www.tagesanzeiger.ch/abo)

**Inserate** Tel. Annahme: 044 248 41 41

(Mo-Fr 8-12 und 13-17 Uhr), [www.adbox.ch](http://www.adbox.ch),

[inserate@tages-anzeiger.ch](mailto:inserate@tages-anzeiger.ch)

**Redaktion** 044 248 44 11, Werdstrasse 21,

8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich

[redaktion@tages-anzeiger.ch](mailto:redaktion@tages-anzeiger.ch)

**Leserbriefe** [www.tagesanzeiger.ch/leserforum](http://www.tagesanzeiger.ch/leserforum)

**Online** [www.tagesanzeiger.ch/newsnet](http://www.tagesanzeiger.ch/newsnet)



### Kommentare & Analysen

## «Die Politik des Machbaren muss in Europa wieder Priorität erlangen.»

Arthur Rutishauser über die Fehler der EU. - Seite 13

Trotz Umstürzen wird die Ukraine noch immer von Oligarchen beherrscht. - Seite 9

Wenn schon Flüchtlinge: Wen sollen wir aufnehmen? Frauen? Kinder? Christen? - Seite 13

### TA-Steuertelefon

## Gratis-Expertenrat am Montag

Wie lange kann ich Berufsauslagen geltend machen? Kann ich mein Eurokonto zum aktuellen Stand deklarieren? Solche und ähnliche Fragen zum Ausfüllen der Steuererklärung beantworten am Montag, 29. Februar, vier Experten von Treuhand Suisse. Die Steuerprofis geben unter der Gratisnummer 044 248 50 00 Auskunft von 10 bis 13 Uhr und von 14 bis 16 Uhr. E-Mails, schriftliche Anfragen und Telefonanrufe unter anderen Nummern können leider nicht beantwortet werden. Eine Auswahl der Antworten finden Sie am Dienstag im «Tages-Anzeiger». Ein zweites Steuertelefon findet am 22. März statt. (TA)

### Heute

## Moderate und Reformer feiern bei den Wahlen im Iran Erfolge

Bei der Parlamentswahl im Iran haben Moderate und Reformer wichtige Erfolge errungen: Die Verbündeten von Präsident Hassan Ruhani holten alle 30 Sitze in der Provinz Teheran. Auch ausserhalb der Hauptstadt gewannen sie deutlich hinzu. *Kommentar und Bericht Seite 8*

## Rabatt-Wirrwarr im Schweizer Detailhandel

Viele Geschäfte gewähren ihren Kunden Rabatte. Dabei ist allerdings oft unklar, auf welchen Preis sich der Nachlass bezieht und ob er überhaupt zulässig ist. «Es gibt wohl kein anderes Land auf der Welt, in dem ein solches Rabattchaos herrscht», stellt denn auch Konsumentenschützerin Sara Stalder fest. - Seite 12

## Lohndumping-Stopp deutlich abgelehnt

Im Kanton Zürich hat die Bevölkerung zwei Volksinitiativen abgelehnt. 63 Prozent sagten Nein zur Unia-Lohndumping-Initiative. Diese hätte den Behörden die Möglichkeit geben, bei dringendem Verdacht auf Lohndumping die betreffende Baustelle zu blockieren. Mit 75 Prozent Nein-Stimmen wurde zudem die Bildungsinitiative abgelehnt. Linke Studenten wollten allen im Kanton wohnenden Personen kostenlosen Zugang zu Bildungseinrichtungen ermöglichen. Ja sagte die Bevölkerung hingegen zur Reduktion der Grundbuchgebühren sowie zur Straffung der Rekurs- und Beschwerdeverfahren in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten. (TA) - Seite 17, 18